

Zivilgesellschaft in Asien

Philippinen

Zivilgesellschaftliches Engagement trotz massiver Repressionen

Unter der Präsidentschaft von Rodrigo Duterte verschlechterte sich die Menschenrechtslage im Land dramatisch. Tausende wurden seitdem im „Krieg gegen die Drogen“ ermordet. Gleichzeitig eskalierten die Repressionen gegen Akteur:innen der Zivilgesellschaft und kritische Medien. Die Wahlen im Mai 2022 sind richtungsweisend für die Zukunft zivilgesellschaftlichen Engagements.

Wahlen im Mai 2022

Aus den Wahlen am 9. Mai 2022 ist Ferdinand „Bongbong“ Marcos, Sohn des ehemaligen Diktators, als neuer Präsident und Sara Duterte, Tochter des amtierenden Präsidenten Rodrigo Duterte, als Vize-Präsidentin hervorgegangen. In ihrem Wahlkampf spielten gezielte, breit angelegte Desinformationskampagnen eine große Rolle. Diese gingen mit einer systematischen Rehabilitierung des ehemaligen Diktators insbesondere über die sozialen Medien einher.¹ Als hoffnungsvollste Gegenkandidatin trat die bisherige Vizepräsidentin Leni Robredo an. Zivilgesellschaftliche Gruppen rechnen nun mit weiteren massiven Einschränkungen.

„Krieg gegen die Drogen“

Unmittelbar nach dem Wahlsieg von Präsident Rodrigo Duterte im Mai 2016 stieg die Zahl extralegalen Tötungen im Kontext seines sogenannten Kriegs gegen die Drogen schlagartig an. Menschenrechtsorganisationen gehen von mindestens 27.000 getöteten Menschen aus. Der Bericht der Hohen Kommissarin für Menschenrechte der UN von Juni 2020 bestätigt diese Zahl und spricht von „weit verbreiteten und systematischen Tötungen“.² 2021 hat der Internationale Strafgerichtshof Ermittlungen wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit eingeleitet. Studien belegen, dass der

„Krieg gegen die Drogen“ tatsächlich ein Krieg gegen die Armen ist – ohne dokumentierte Erfolge in der Bekämpfung der Drogenkriminalität. Die Opfer sind hauptsächlich junge Männer aus armen urbanen Communities, die oft wirtschaftlich abhängige Familienangehörige zurücklassen.

Menschenrechtsverteidiger:innen stark gefährdet

Zwischen September 2016 und Dezember 2021 wurden mindestens 279 Menschenrechtsverteidiger:innen und Journalist:innen ermordet. Besonders gefährdet sind darüber hinaus Mitarbeiter:innen lokaler NGOs und Landrechtsverteidiger:innen, darunter viele Angehörige der über 100 indigenen Bevölkerungsgruppen. Mit dem Abbruch der Friedensverhandlungen mit den kommunistischen Rebellen im November 2017 stieg die Zahl der Morde an zivilgesellschaftlichen Akteur:innen stark an. Weit verbreitet ist die Praxis des *Red-Taggings*: Menschenrechtsverteidiger:innen und Aktivist:innen werden haltlos bezichtigt Unterstützer:innen oder Mitglieder der kommunistischen Guerilla zu sein und als „Terrorist:innen“ gebrandmarkt. Darauf folgen in der Regel Drohungen, willkürliche Verhaftungen mit falschem Beweismaterial, fabrizierte Anklagen bis hin zu Verschwindenlassen und politischen Morden. Das 2020 in Kraft getretene Anti-Terrorismogesetz (*Anti-Terrorism Act of 2020*) legitimiert und institutionalisiert die Praxis des *Red-Taggings*.³

1 Wetzlmaier, Marina (2022): Fake News und Desinformation – der Wahlkampf als Kampf um die Wahrheit. URL: <https://www.asienhaus.de/nc/philippinenbuero/detail/blickwechsel-fake-news-und-desinformation/>

2 Human Rights Council (2020): Situation of human rights in the Philippines. URL: <https://www.ohchr.org/sites/default/files/Documents/Countries/PH/Philippines-HRC44-AEV.pdf>

3 International Commission of Jurists (2022): Danger in Dissent: Counterterrorism and Human Rights in the Philippines. URL: <https://www.icj.org/philippines-cease-dangerous-practice-of-red-tagging-human-rights-defenders/>

Ein großes Problem ist die nahezu vollständige Straflosigkeit – kaum ein dokumentierter Mord an Menschenrechtsverteidiger:innen und Journalist:innen sowie Morde im Kontext des „Kriegs gegen die Drogen“ wurden strafrechtlich aufgeklärt. Ein Kurswechsel ist durch die designierte Marcos-Duterte Regierung nicht zu erwarten.

Repressionen gegen Pressefreiheit

Auch die Repressionen gegen die freie Presse haben unter Präsident Duterte eine neue Qualität erfahren. Zuletzt sind die Philippinen im Pressefreiheitsindex von *Reporter ohne Grenzen* von Platz 138 (2021) auf Platz 147 (2022) gesunken.⁴ Viele Medienschaffende setzen sich dennoch couragiert und mit hohem Risiko für eine unabhängige sowie kritische Berichterstattung ein.

Berichten zufolge liegen Anklagen gegen 37 philippinische Journalist:innen vor.⁵ Journalist:innen sehen sich nach kritischen Äußerungen häufig mit Verleumdungsklagen konfrontiert, eine Straftat, die mit bis zu vier Jahren Gefängnis bestraft werden kann. Besonders anfällig für politische Instrumentalisierung ist, dass nach dem philippinischen Strafgesetzbuch auch wahre Tatsachenbehauptungen eine Verleumdung darstellen können.⁶

Der Shutdown des größten Medienunternehmens der Philippinen, ABS-CBN, im Mai 2020 wird ebenfalls als politisch motiviert bewertet. Der Sender äußerte sich wiederholt kritisch zu Dutertes Politik.

4 Reporters without Borders (2022): Philippines. URL: <https://rsf.org/en/country/philippines>

5 National Union of Journalists of the Philippines (2022): Lawfare as weapon of intimidation against the Philippine media. URL: <https://nujp.org/diarista2021/lawfare-as-a-weapon-of-intimidation-against-the-philippine-media/>

6 Die Friedensnobelpreisträgerin und Journalistin Maria Ressa ist das prominenteste Beispiel für die die Willkür gegenüber Journalist:innen, ihr wurde mehrfach ein Verstoß gegen das Cybercrime Law RA No. 3326 vorgeworfen. Buan, Lian (2020): VERDICT PRIMER: Legal and factual issues in Rappler, Maria Ressa cyber libel case. URL: <https://www.rappler.com/nation/263749-verdict-primer-legal-factual-issues-rappler-maria-ressa-cyber-libel-case/>



Die philippinische Journalistin und Friedensnobelpreisträgerin 2021 Maria Ressa im Gespräch mit philippinischen Journalist:innen in Oslo. (Foto: Emmalyn Liwag Kotte)

Empfehlungen

Wir bitten die Abgeordneten des Bundestages sowie die Vertreter:innen der Bundesregierung, sich im Dialog mit philippinischen Parlamentarier:innen und Regierungsvertreter:innen dafür einzusetzen, dass

- die philippinische Regierung mit internationalen Menschenrechtsmechanismen, insbesondere mit dem UN-Menschenrechtsrat und dem Internationalen Strafgerichtshof kooperiert;
- die philippinische Regierung konsequent aufgefordert wird, die Praxis des *Red-Taggings* durch staatliche Stellen und Sicherheitskräfte zu unterbinden, Menschenrechtsverletzungen aufzuklären und die Täter:innen zur Rechenschaft zu ziehen;
- durch Prozessbeobachtung von Gerichtsverfahren in Fällen von Kriminalisierung von Menschenrechtsverteidiger:innen überprüft wird, ob prozessuale Mindeststandards eingehalten werden und bei Nichtbefolgung angemahnt werden;
- alle notwendigen Schritte eingeleitet werden, um Menschenrechtsverteidiger:innen und Journalist:innen zu schützen, auch durch Schutzaufenthalte. ■